

Dr. Stephan Pernkopf
LH-Stellvertreter

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 31.10.2023
Zu Ltg.-171/A-5/48-2023



Herrn Präsident
des NÖ Landtages
Mag. Karl Wilfing

St. Pölten, am 25. Oktober 2023

im Hause

LHSTV-P-L-397/303-2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Anfrage der Abgeordneten Mag. Edith Kollermann betreffend „Klimaschutzziele in Niederösterreich“, zu Zahl Ltg.-171/A-5/48-2023, darf ich folgende Beantwortung, sofern mein Zuständigkeitsbereich betroffen ist und dies dem Anfragerecht unterliegt, übermitteln:

Mit Ende 2022 wurden in NÖ mit 762 Windkraftanlagen etwa 4.300 GWh Windstrom und mit 73.300 PV-Anlagen etwa 912 GWh PV-Strom erzeugt.

Im Oktober 2022 wurden folgende Ziele für Niederösterreich festgelegt:

- Windstromerzeugung: 2030 mit 8.000 GWh; 2035 mit 12.000 GWh
- PV-Stromerzeugung: 2030 mit 3.000 GWh

Der letzte NÖ Klima- und Energiefahrplan wurde 2018 erarbeitet, der Beschluss im Landtag erfolgte im Juni 2019. Damals zeigte die Energiebilanz, dass Niederösterreich 260 GWh PV-Strom erzeugt. Das neue PV-Ziel für 2030 entspricht daher rund einer Verzehnfachung gegenüber dem Wert im NÖ Energie- und Klimafahrplan. Dies sind sehr ambitionierte Ziele, mit welchen Niederösterreich seinen Beitrag zur Energiewende leistet.

Eine konkrete Zeitschiene kann nicht genannt werden, da die tatsächlich jährlich errichteten Anlagen auch von Rahmenbedingungen abhängen, die Niederösterreich nicht direkt beeinflussen kann - z.B. Marktpreise, Bundesförderungen und die Verfügbarkeit von übergeordneten Netzkapazitäten. So sind hier auch die Regulierungsbehörde e-Control sowie der Übertragungsnetzbetreiber APG gefordert, das Übertragungsnetz (380 kW-Leitung) rasch auszubauen, so dass Windstrom von Ost- nach West-Österreich bzw. ins Ausland transportiert werden kann.



Auf Ebene der Verwaltung arbeitet das Amt der NÖ Landesregierung in diversen Arbeitskreisen und Formaten mit dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zusammen. Des Weiteren hat sich die Landeshauptleutekonferenz mit Beschluss vom 2. Dezember 2022 zu einem nationalen Gesetz zur Erreichung der gemeinsamen Ziele auf Bundes- und Landesebene bekannt und fordern die kontinuierliche Einbindung der Länder in den Prozess zu Erarbeitung eines neuen Klimaschutzgesetzes.

Mit freundlichen Grüßen

LH-Stv. Dr. Stephan Pernkopf eh.